

Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt
Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

Landesrektorenkonferenz Sachsen-Anhalt e.V.

Der Präsident – Prof. Dr. Folker Roland
Friedrichstraße 57 – 59
38855 Wernigerode

Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt

Landesgeschäftsführer

Jan Röttschke
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg

Telefon: 0391 7 32 48-41
Telefax: 0391 7 32 48-48
lgf@dielinke-lsa.de
www.dielinke-lsa.de

Deutsche Bank AG

DE09 8107 0024 0118 825901
DEUTDEDBMAG

Magdeburg, 18. Mai 2026

Antwort auf die Wahlprüfsteine der Landesrektorenkonferenz Sachsen-Anhalt

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Folker Roland,

mit diesem Brief möchten wir Ihre Fragen gerne beantworten:

- 1. Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre:**
Welchen Stellenwert hat die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre für Ihre Partei im Kontext von Demokratie und Rechtsstaat? Wie wollen Sie die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sichern?

Die Linke verteidigt die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre als notwendige Bestandteile und Voraussetzung für eine offene und demokratische Gesellschaft. Wir wollen freie Hochschulen und Forschungseinrichtungen, in denen offen debattiert, neu gedacht und kritisch geprüft werden kann. Das stellen wir dadurch sicher, dass wir autoritäre Angriffe von rechts konsequent abwehren und die Grundlagen dafür schaffen, dass die Institutionen strukturell und finanziell so stark aufgestellt sind, dass sie gegenüber Eingriffen der Politik standhalten können. Das wollen wir zum Beispiel durch die Stärkung der Grundfinanzierung erreichen. Hierzu wollen wir gemeinsam mit den Hochschulen Maßnahmen ergreifen. Das gilt auch für die einzelnen Wissenschaftler*innen, die nicht vom Wohlwollen einzelner Personen oder der Fortsetzung von Förderprogrammen abhängig sein dürfen.

2. **Hochschulautonomie:** Wie weit sollte nach Einschätzung Ihrer Partei die Hochschulautonomie gehen bzw. in welchen Bereichen ist aus Ihrer Sicht eine andersartige Lenkung des Hochschulbereichs durch die Landesregierung sinnvoll? Welche Rolle sollten die Statusgruppen bei der zukünftigen Gestaltung der Hochschulen haben?

Hochschulautonomie geht für uns mit einem hohen Maß der demokratischen Gestaltung der Hochschulen einher. Direkt gewählte Gremien wie der Akademische Senat sollen paritätisch besetzt werden, das heißt, alle vier Statusgruppen können gleichberechtigt an den Entscheidungen mitwirken. Im Rektorat setzen wir uns für eine Repräsentanz von Studierenden und Mitarbeitenden ein (Prorektor*innen aus den Reihen dieser Statusgruppen). Die Landesregierung muss garantieren, dass sich die Hochschulen autonom selbst verwalten können. Welche Fächer gelehrt, welche Schwerpunkte gesetzt und welche wissenschaftlichen Aufgaben priorisiert werden, ist Sache der Hochschulmitglieder und ihrer Gremien. Darüber hinaus können der Hochschule zusätzliche gesellschaftliche Aufgaben übertragen werden, wie es das Landeshochschulgesetz bereits vorsieht. Diese zusätzlichen Aufgaben müssen aber auch zusätzlich, dauerhaft und verlässlich finanziert werden.

3. **Bürokratieabbau:** In welchen Bereichen des Zusammenwirkens von Hochschulen und der Landesregierung/der Landesverwaltung/der Landesgesetzgebung ist ein Bürokratieabbau denkbar? Wäre in diesem Zusammenhang z. B. ein Verzicht auf Stellenpläne /Stellenübersichten sinnvoll?

Ein großer bürokratischer Aufwand ist das Beantragen von Drittmitteln und deren Abrechnung. Auch die Nutzung europäischer Mittel und die Verfahren über die Investitionsbank sind häufig mit hohem Aufwand verbunden. Hier muss die Landesregierung dafür sorgen, dass diese Belastungen reduziert werden. Viel Bürokratie kann wegfallen, wenn sich Hochschulen auf eine solide Grundfinanzierung verlassen können, denn diese ist verlässlich und planbar und muss nicht im Einzelnen beantragt und abgerechnet werden. Außerdem fordert Die Linke seit Jahren den Verzicht auf Stellenpläne im Landeshaushalt. Das werden wir weiter verfolgen. Bis auf Beamt*innenstellen soll es den Hochschulen möglich sein, Stellen im

Rahmen ihrer Budgets zu schaffen. Diese können für Drittmittel finanzierte Projekte auch temporär geschaffen werden.

4. **Unterstützung von Studierenden/Studentenwerken:** Wie steht Ihre Partei zu Forderungen einer echten BAFÖG-Reform entsprechend den Vorschlägen der HRK? Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Verringerung des Armutrisikos bei Studierenden im Allgemeinen und zur Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für Studierende im Besonderen? Welche Planungen haben Sie bezüglich der Unterstützung der Studentenwerke, z. B. mit Blick auf den Ausbau von Wohnheimkapazitäten, Beratungs- und Unterstützungsinstrumente sowie Kita-Plätze für Studierende?

Wir teilen die Kritik der HRK am bestehenden BAFÖG vollumfänglich. Der Anteil der Beziehenden ist über Jahrzehnte immer weiter gesunken, die Fördersätze sind zu niedrig, viele fallen durch das Raster und die Antragstellung ist zu bürokratisch. Die Linke setzt sich für ein elternunabhängiges, bedarfsgerechtes und einfach zu beantragendes BAFÖG als Vollzuschuss ein. Das verbessert die soziale Lage der Studierenden und sorgt dafür, dass das Studium zugänglicher wird. Wir wollen die Studentenwerke dabei unterstützen, neue Wohnheimplätze zu schaffen (auch an Standorten, wo es noch gar keine gibt), ihre Beratungsleistungen auszubauen und weiterhin günstige Verpflegung in der Mensa anzubieten. Die Finanzierung der Studentenwerke darf nicht mehr unter dem Bundesschnitt liegen. Bei Notfällen wie dem Brand der Harz-Mensa in Halle wollen wir den Studentenwerken finanziell unter die Arme greifen. Wir wollen damit auch verhindern, dass die Semesterbeiträge weiter steigen. Als ersten Schritt wollen wir dafür sorgen, dass das Programm "Junges Wohnen" für die Studentenwerke attraktiv wird und durchsetzen, dass das Finanzministerium die Möglichkeit nutzt, Landesimmobilien zur Hälfte des Preises für Wohnheimbau abzugeben. Als Linke setzen wir uns für kostengünstige studentische Mobilität ein. In einem ersten Schritt wollen wir preisgünstige Semestertickets unterstützen, mittelfristig ein 9-Euro-Ticket für Studierende sowie langfristig ein 0-Euro-Ticket einführen.

5. **Demografischer Wandel/Fachkräftesicherung:** Welche Ziele verfolgt Ihre Partei zur Internationalisierung der Hochschulen? Wie steht Ihre Partei zur Gewinnung internationaler Studierender und internationaler Mitarbeitender mit Blick auf voraussichtlich größer

werdende Herausforderungen durch den demografischen Wandel und den daraus resultierenden Fachkräftemangel? Wie steht Ihre Partei zu Studiengebühren, insbesondere mit Blick auf Studierende z. B. aus Nicht-EU-Ländern? Welche Konzepte hat Ihre Partei, um das Land Sachsen-Anhalt als Wohn- und Arbeitsort für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für Absolventinnen und Absolventen nach dem Abschluss von Studium oder Promotion attraktiv(er) zu machen? Wie steht Ihre Partei in diesem Zusammenhang zur Unterstützung, Förderung und zum Ausbau des Landesstudienkollegs?

Die Linke lehnt Studiengebühren kategorisch ab. Das gilt selbstverständlich ebenso für Studiengebühren für Menschen aus dem Nicht-EU-Ausland. Wir wollen die Hochschulen dabei unterstützen, noch attraktiver für Wissenschaftler*innen und Studierende zu werden – egal, woher sie kommen. Dazu gehören gute Arbeits- und Studienbedingungen sowie soziale Unterstützung durch Hochschulen und Studentenwerke, wozu die Mittel vom Land bereitgestellt werden müssen. Die Promotion nach dem Studium machen wir attraktiver durch den Ausbau der Landesgraduiertenförderung. Wir wollen z.B. die Stipendienanzahl erhöhen, Förderhöhen an Bundesstiftungen orientieren und Kranken- und Pflegeversicherungs-Zuschüsse sichern. Nach dem Studium oder der Promotion wollen wir den Übergang hin zum Beruf außerhalb der Hochschule leichter machen und stärken daher von Landesseite die Vernetzung zwischen Kommunen, Hochschulen und Unternehmen. Es braucht attraktive Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt, um Menschen im Land zu halten. Internationalen Studierenden wollen wir dabei helfen, dass ihnen möglichst wenige bürokratische Hürden (z.B. in Visumsfragen) begegnen, es Unterstützung beim Spracherwerb gibt und bereits bestehende Abschlüsse anerkannt werden. Die Ausländerbehörden müssen Anträge schneller bearbeiten. Weder ein Studium noch eine Arbeitserlaubnis dürfen an langen Bearbeitungszeiten scheitern. Wir haben uns in der Vergangenheit immer gegen Kürzungspläne bei Standorten des Landesstudienkollegs gewehrt und werden das auch weiterhin tun. Wir setzen uns dafür ein, dass das Landesstudienkolleg die Nachfrage bedienen und auf eine gute bauliche und personelle Ausstattung zurückgreifen kann. Darüber hinaus setzt sich Die Linke für eine echte Willkommenskultur und ein weltoffenes und internationales Sachsen-Anhalt ein. Dafür engagieren wir uns gegen Abschottung und rassistische Hetze. Hochschulen sind wichtige Partner dabei, denn sie wirken jetzt schon in die Welt hinein und holen die Welt ein Stück weit nach Sachsen-Anhalt – durch Erkenntnisse, Austauschformate und natürlich ihre internationalen Mitglieder und Gäste. Diesen Gewinn für

unser Land, wollen wir gemeinsam mit den Hochschulen in die Breite der Gesellschaft tragen.

6. **Wissenschaftliche Karrierewege:** Welchen Handlungsbedarf sieht Ihre Partei hinsichtlich der Erhöhung der Attraktivität und der Durchlässigkeit wissenschaftlicher Karrierewege, und wie wollen Sie die Hochschulen bei der Umsetzung entsprechender Schritte unterstützen?

Wissenschaftliche Karrierewege sind derzeit für viele unerreichbar oder unattraktiv. Es gibt jenseits der Professur kaum eine Möglichkeit, eine Dauerstelle zu erlangen. Insgesamt gibt es zu wenige Stellen, wo aber umso mehr geleistet werden soll. Gerade bei Qualifikationsstellen führt das dazu, dass die Promotion komplett in der Freizeit erledigt werden muss, um mit den wenigen bezahlten Wochenstunden die Lehre zu bestreiten. Die wissenschaftliche Karriere ist von Unsicherheit, Konkurrenz und Dauerstress geprägt. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz drängt die Menschen dazu, aus dem System auszusteigen. Wir setzen dagegen auf Dauerstellen für Daueraufgaben und wollen Karrierewege schaffen, die nicht in einer Professur oder einem Burn-Out enden müssen. Dazu wollen wir die Hochschulen entsprechend ausstatten und ihnen so ermöglichen, feste Stellen für Wissenschaftler*innen zu schaffen. Wir stärken den Tenure-Track für Professuren und unterstützen die Einrichtung von Tandem-Professuren, um Praktiker*innen den Einstieg in das Wissenschaftssystem zu erleichtern und die Verzahnung von Theorie und Praxis zu fördern. Wir wollen, dass Qualifikationsstellen wieder zur Qualifikation dienen und dafür auch Zeit und Mittel zur Verfügung stehen.

7. **Grundlagenforschung/Exzellenzwettbewerb:** Welche Bedeutung hat aus der Sicht Ihrer Partei eine ausschließlich dem wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt gewidmete Grundlagenforschung? Auf welche Weise sollte diese gefördert werden? Welche Überlegungen gibt es in Ihrer Partei bezüglich der Unterstützung der Universitäten in den Exzellenzwettbewerben?

Ohne Grundlagenforschung kann Wissenschaft nicht funktionieren, denn sie wird angetrieben von dem Versuch, das Neue zu wagen – ohne, dass es bereits ein absehbares Ziel oder einen konkreten Nutzen geben würde. Wir

kritisieren es, wenn Forschung nur durch zusätzlich beantragte Drittmittel möglich ist. Wir setzen uns dafür ein, dass die Grundlagenforschung durch das Hochschulbudget dauerhaft abgedeckt wird. Wir widersprechen jeder Tendenz, die die Hochschulfinanzierung ausschließlich von konkret messbaren Ergebnissen abhängig machen will. In einem ersten Schritt setzen wir uns dafür ein, dass die Bundesmittel aus dem Zukunftsvertrag "Studium und Lehre stärken" von Sachsen-Anhalt zusätzlich kofinanziert werden. Wir begrüßen den Erfolg der MLU bei der letzten Runde der Exzellenzinitiative, wollen die Förderung dieser fortsetzen und freuen uns auf künftige weitere Erfolge der Hochschulen Sachsen-Anhalts in der nächsten Runde der Initiative. Für Die Linke steht darüber hinaus fest, dass Programme wie die Exzellenzinitiative nicht aus dem spärlichen Wissenschaftshaushalt durch Umwidmung anderer Forschungsmittel oder der Großgeräteförderung finanziert werden dürfen, sondern zusätzlich eingestellt werden müssen.

8. **Angewandte Forschung, Transfer und Existenzgründung:** Auf welche Weise sollen zukünftig angewandte Forschung an den Hochschulen und Existenzgründung aus den Hochschulen heraus gefördert werden? Auf welche Weise sollen die Hochschulen bei Aufgaben des Transfers unterstützt werden?

Wir wollen angewandte Forschung, Transfer und Gründungen aus Hochschulen deutlich stärken: Sachsen-Anhalt braucht mehr Forschung, mehr Patente, mehr Ausgründungen und mehr unternehmerische Dynamik. Aber nicht nach dem Gießkannenprinzip. Förderung muss gezielter dort ansetzen, wo unser Land konkrete Aufgaben hat: Gesundheit und Pflege, Energie, Mobilität, Bildung, Verwaltung, Digitalisierung, Daseinsvorsorge und ländliche Räume. Dafür wollen wir Hochschulen, Kommunen, Kliniken, Schulen, Verwaltungen und Betriebe besser verzahnen. Durch Reallabore, ein Gründungs- bzw. Innovationssemester, klare Ansprechstellen für Transfer, einfache Regeln zu Daten und Nutzungsrechten sowie Praxispartnerschaften für Studierende, Forschende und Gründer:innen. Die öffentliche Hand soll stärker erste Anwenderin guter Ideen werden, damit Lösungen aus Hochschulen erprobt, verbessert und übernommen werden können. Zusätzliche Fördermittel für den Transfer sollen künftig daran gemessen werden, ob regionale Partner eingebunden sind, ob eine Anwendung absehbar ist, ob Ergebnisse auf andere Orte übertragbar sind und ob daraus Beschäftigung, Gründung oder Verbleib in Sachsen-Anhalt entsteht. So bleibt Forschung frei und Wissen kommt dort an, wo es gebraucht wird.

9. **Gleichstellung und Chancengerechtigkeit:** Welche Überlegungen gibt es hinsichtlich der Einhaltung von europäischen und bundesweiten Standards bzgl. Gleichstellung und Chancengerechtigkeit, auch mit Blick auf erfolgreiche Drittmittelwerbungen? Welche Maßnahmen planen Sie, um die Hochschulen bei der Erhöhung des Frauenanteils in der Wissenschaft zu unterstützen?

Wir halten an den europäischen und bundesweiten Standards fest und unterstützen die Hochschulen in Sachsen-Anhalt dabei, sich erfolgreich an Förderprogrammen zu beteiligen.

Wir wollen die Gleichstellungsbeauftragten stärken und die Hochschulen dabei unterstützen, für mehr Familienfreundlichkeit zu sorgen und gegen jede Form von Diskriminierung vorzugehen. Auch unsere Forderung nach Dauerstellen für Daueraufgaben hilft dabei, Karrierewege attraktiver für Frauen zu machen, die immer noch überdurchschnittlich viel Sorgearbeit übernehmen und daher seltener die Möglichkeit haben, zum Beispiel regelmäßig den Arbeitsort zu wechseln. Das berücksichtigen wir auch dadurch, dass wir Betreuungszeiten bei Professuren anrechnen. Darüber hinaus wollen wir Programme zur Frauenförderung wie FEMPower+ fortsetzen und die Hochschulen dabei unterstützen, sich weiter an entsprechenden Drittmittelprogrammen des Bundes wie dem Professorinnenprogramm zu beteiligen. Wir unterstützen die Selbstverpflichtung der HRK vom Mai 2024 für mehr Geschlechtergerechtigkeit bei Berufungen und wollen die Hochschulen bei der Umsetzung unterstützen.

10. **IT-Sicherheit, Krisen- und Notfallmanagement:** Welche Unterstützung soll es zukünftig für zusätzliche Herausforderungen wie z. B. im Zusammenhang mit IT-Sicherheit oder der Vorbereitung auf Krisen und Notfälle geben?

Wir wollen digitale Souveränität und digitale Sicherheit für Sachsen-Anhalt. Darin muss mehr investiert werden. Die Hochschulen tragen mit dem Rechenzentrum in Wernigerode und dem Hochschulnetz LSA bereits dazu bei. Jetzt muss es darum gehen, die dauerhaft anfallenden Aufgaben auch dauerhaft im Landeshaushalt zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Insgesamt

muss die Gesellschaft resilienter werden, um gegen Wetterextreme, Cyberangriffe oder Pandemien besser gewappnet zu sein. Die Hochschulen spielen bei der Bewältigung und bei der Prävention eine zentrale Rolle, aber müssen auch selbst geschützt werden. Sie müssen selbstverständlich in die Schutzmaßnahmen der öffentlichen Infrastruktur integriert werden und über die Mittel verfügen, sich bestmöglich vorzubereiten und abzusichern.

-
11. **Bau- und Sanierungsbedarfe:** Welche Konzepte hat Ihre Partei im Hinblick auf Bau- und Sanierungsbedarfe (auch vor dem Hintergrund von Nachhaltigkeit, CO₂-Vermeidung und Inklusion/Barrierefreiheit)?

—

Die Hochschulen haben große Bedarfe nach Sanierung, Neubau und barrierefreiem Umbau ihrer Gebäude. Der immer noch bestehende Sanierungsrückstand muss überwunden werden. Das Land muss dafür sorgen, dass die Vorhaben aus dem Perspektivprogramm Hochschulbau 2020 konsequent umgesetzt werden. Blockaden wie die des Neubaus an der Kunsthochschule Burg Giebichenstein dürfen nicht vorkommen.

—

Um der modernen Hochschule gerecht zu werden, müssen wir andere Raumfaktoren zugrunde legen. Hierbei muss berücksichtigt werden, dass viele Bestandsgebäude älter sind und damit auch die Nebenflächen viel größer sind. Wir wollen keinen idealen Raumstandard, sondern müssen die Raumbedarfe modern denken, damit auch die sozialen Bedürfnisse der Studierenden und Mitarbeiter*innen berücksichtigt werden. Da wo den Hochschulen besondere gesellschaftliche Aufgaben zukommen (z.B. Zoologische Sammlung, Julius-Kühn-Museum), müssen die Gebäude entsprechend saniert werden, damit diese gesellschaftlichen Aufgaben erfüllt werden können.

-
12. **Lehrkräftebildung/Medizinausbildung/Gesundheitsberufe:**
Welche Maßnahmen planen Sie im Bereich der Lehrkräftebildung?
Welche Maßnahmen planen Sie im Bereich der Medizinausbildung und der Ausbildung von Gesundheitsberufen?

Wir wollen die Finanzierung der Lehramtsausbildung mindestens auf dem heutigen Niveau verstetigen, um Dozierende dauerhaft einzustellen, damit

wieder kontinuierlich bedarfsgerecht Lehrer*innen an den Universitäten des Landes herangebildet werden können. Dabei wollen wir auch prüfen, wie die Lehramtsausbildung u.a. durch die Einführung von Praxissemestern attraktiver gemacht werden kann. Wir wollen, dass die in den Zielvereinbarungen beschriebenen neuen Modell der Lehramtsausbildung zügig umgesetzt werden. Bei der Reform des Grundschullehramtes setzen wir auf einen schrittweisen Übergang zu einem mindestens neunsemestrigen Studium „Lehramt für die Primarstufe“, in dem neben den klassischen Fächern der Grundschule Deutsch, Mathematik und ein Wahlfach zusätzlich eine sonderpädagogische Fachrichtung studiert wird. Kurzfristig wollen wir in Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Schulen die finanziellen und personellen Rahmenbedingungen für die Qualifizierung von Lehrkräften im Seiteneinstieg deutlich erweitern und für alle Lehrkräfte im Seiteneinstieg verbindlich machen.

Als Linke stehen wir für den Erhalt der vollständigen Medizinausbildung in Halle und Magdeburg und wollen dem Mangel an Ärzt*innen auch mit der Erhöhung der Zahl der Studienplätze begegnen. Wir wollen bestehende Programme wie die Stipendien der Kassenärztliche Vereinigung Sachsen-Anhalt oder die Landarzt- bzw. Amtsarztquote evaluieren und nachbessern, um mehr Mediziner*innen für Sachsen-Anhalt zu gewinnen.

Darüber hinaus setzen wir uns faire Bedingungen im Medizinstudium ein, also für eine ordentliche Bezahlung des Praktischen Jahres. Im Bund muss überprüft werden, ob die neue Approbationsordnung eingeführt wird. Als Land erwarten wir, dass dafür notwendige Mehraufwendungen für das Studium durch den Bund getragen werden. Das gilt auch für andere Berufe im Gesundheitssystem, z.B. für die Psychotherapeut*innen in Ausbildung, die so bezahlt werden müssen, dass sie davon leben können. Die bestehende Tendenz, mehr Gesundheitsberufe an den Hochschulen auszubilden (z.B. Hebammenwissenschaft und Pflegewissenschaft) unterstützen wir ausdrücklich. Hierfür müssen zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden und die Finanzierung durch Bund, Land und Krankenkassen sichergestellt werden. Bestrebungen der Hochschulen für angewandte Wissenschaften, weitere Studiengänge für Gesundheitsberufe anzubieten, unterstützen wir ebenfalls. Das Land muss dabei in enger Absprache mit den Hochschulen koordinierend tätig werden.

13. **Hochschulsystem:** Gibt es für die Zeit nach Ablauf der Zielvereinbarungsperiode 2025-2029 Überlegungen Ihrer Partei zur Weiterentwicklung der Hochschulstruktur? Planen Sie eine Novellierung des Hochschulgesetzes? Falls ja, welche maßgeblichen Änderungen planen Sie? Planen Sie weitere

Änderungen im Hochschulsystem, die durch die Fragen nicht abgedeckt sind?

Wir wollen die Hochschulstrukturplanung aus dem Jahr 2014 endlich überarbeiten und gemeinsam mit den Hochschulen eine Struktur abbilden, die der Realität der Hochschulen tatsächlich gerecht wird und den Erhalt der Fächervielfalt, der Institute und der Studiengänge beinhaltet. Um diese Struktur bedarfsgerecht zu unterhalten, wollen wir in einem ersten Schritt die Finanzierung dadurch verbessern, dass wir die zusätzliche Kofinanzierung der Mittel aus dem Zukunftsvertrag "Studium und Lehre stärken" durch das Land durchsetzen. Die neuen Zielvereinbarungen ab dem Jahr 2029 müssen frühzeitig verhandelt werden, um den Hochschulen Planungssicherheit zu verschaffen. Sollten Studierendenzahlen sinken, setzen wir auf die Erhöhung der Qualität in Lehre und Forschung statt auf ein Absenken der Grundbudgets. Wir halten daran fest, dass Mehraufwendungen durch steigende Tarife sowie ein ehrlicher Inflationsausgleich gewährleistet werden müssen.

Die Linke setzt sich für eine erneute Novellierung des Hochschulgesetzes ein. Diese soll unter anderem jeweils ein Prorektorat für Studierende und Mitarbeiter*innen, eine viertelparitätische Besetzung der Hochschulgremien, die Förderung von Geschlechtergleichheit, das Stimmrecht für die Inklusionsbeauftragten sowie die Abschaffung der Prüfungsunfähigkeitsbescheinigungen und der Zweitstudiengebühren enthalten. Wir halten an dem im Hochschulgesetz formulierten Ziel fest, dass die Hochschulen ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt leisten (§ 3 (8)) und unterstützen sie dabei. Darüber hinaus setzen wir neben allgemein guten Beschäftigungsbedingungen für einen studentischen Tarifvertrag (TVStud) in Sachsen-Anhalt ein.

Mit freundlichen Grüßen



Jan Röttschke
Landesgeschäftsführer

